

Börsen-Zeitung vom 29.05.2019, Nr. 102, S. 9

Eon fordert **Energiewende** in den Verteilnetzen

Konzernmanager König: Ausbau muss mit Expansion der erneuerbaren **Energien** Schritt halten

Börsen-Zeitung, 29.5.2019

cru Düsseldorf - Deutschlands **Energiekonzerne** haben im Jahr 2018 rund 3,7 Mrd. Euro in die Stromverteilnetze investiert. "Die EEG-Umlage zur Förderung der erneuerbaren Erzeugung betrug im gleichen Jahr rund 24 Mrd. Euro", bilanzierte kürzlich Eon-Manager Thomas König auf einer Branchenkonferenz in Düsseldorf. Wenn die Förderung der Erneuerbaren mehr als sechsmal so hoch ausfalle wie die Investitionen in den Netzausbau, sei klar, warum der Netzausbau nicht mithalten könne.

Eon ist gerade dabei, den Konkurrenten Innogy in einer 22 Mrd. Euro schweren Transaktion zu übernehmen. Durch den Deal, der noch bis zum 23. August von den Kartellwächtern in Brüssel vertieft geprüft wird, steigen die beiden Essener **Energiekonzerne** zu Europas größtem Netzbetreiber auf. Der Wert der Netze liegt nach der Fusion von Eon und Innogy bei addiert 34 Mrd. Euro, und die beiden Konzerne beliefern zusammen 53 Millionen Kunden.

In Deutschland scheitert jedoch laut Eon-Manager König der zügige Verteilnetzausbau an verschiedensten Genehmigungsverfahren je Bundesland, an zum Teil geänderten Verfahren und an fehlenden Mitarbeitern in den zuständigen Genehmigungsbehörden. "Wir investieren erhebliche Summen in unsere Netze - zukünftig 1 Mrd. Euro pro Jahr allein in unsere deutschen Netze", kündigte der Manager an. Der Betrag liege damit rund 50 % über den Abschreibungen - und das sei auch notwendig.

Erneuerbare Energien kommen inzwischen auf einen Anteil von 40 % an der Stromerzeugung, liefern aber nur 15 % der in Deutschland verbrauchten **Primärenergie**. Die **Energiewende** in Deutschland findet somit fast nur im Stromsektor statt. Windräder und Fotovoltaikanlagen tragen zum Klimaschutz nicht ausreichend bei, um den Stillstand der anderen Sektoren überzukompensieren, so dass das Klimaziel verfehlt wird, bis 2020 rund 40 % des CO₂ im Vergleich zu 1990 einzusparen.

Schlüssel im Wärmesektor

"Wir müssen endlich von der Stromwende zur **Energiewende** gelangen", forderte König. Der Schlüssel dafür, auch die Wärmeversorgung auf Grün umzustellen, liege in den Gasnetzen. Sie könnten Wasserstoff und synthetisches Erdgas transportieren, das aus grünem Strom erzeugt wird.

Damit würde Deutschland flexibel bei der Integration der Erneuerbaren und es biete sich eine sichere Möglichkeit der **Energiespeicherung**. Eon könne mit den regionalen Strom- und Gasverteilnetzen die Dekarbonisierung der Gasnetze und die Sektorkopplung umsetzen. Doch es fehle an den richtigen Rahmenbedingungen, um die **Energiewende** zum Erfolg zu führen.

"Die **Energiewende** wird nur gelingen, wenn der Netzausbau in Zukunft viel schneller geht als bisher", sagte König. Im Jahr 2017 hätten die Verzögerungen 1,5 Mrd. Euro gekostet, weil Anlagen abgeregelt und grüner Strom zwar bezahlt, aber "quasi weggeworfen" wurde. Erste Verbesserungen habe das neue Netzausbaubeschleunigungsgesetz, kurz NabeG, gebracht.

"Das Engpassmanagement wird effizienter und für unsere Kunden günstiger", sagte König. Wesentliche gesetzliche Voraussetzungen seien gerade in Zusammenarbeit mit dem Bundeswirtschaftsministerium geschaffen worden: "Das NabeG

ist also ein guter Ansatz, eine Schwalbe macht aber noch keinen Sommer."

Im Eon-Netz gebe es Leitungen, auf denen heute pro Jahr fast 15 Mill. Euro Entschädigungszahlungen für abgeregelte **erneuerbare Energie** anfallen. Eine Erweiterung dieser Leitungen würde die Abregelungen dauerhaft vermeiden und erfordere einmalige Investitionen von nur 30 Mill. Euro. "Der Netzausbau hätte sich also nach zwei Jahren rentiert und würde die regionale **Energiewende** auf Jahrzehnte ermöglichen." In der Praxis lässt sich das aber nicht schnell genug realisieren - es brauche mehrere Jahre, bis alle Genehmigungen vorlägen - bei stetig wachsenden Auflagen der Behörden.

Wirrwarr aus fünf Gesetzen

Das Grundproblem des Netzausbaus werde also auch durch das NabeG 2.0 nicht gelöst: Die Genehmigung einer Stromleitung verteile sich heute auf fünf verschiedene Gesetze mit geteilter Zuständigkeit zwischen Bund und Ländern. Und das bedeute, dass Verfahren sehr lange dauerten, weil an vielen Stellen geprüft und abgestimmt werden müsse - und alle Beteiligten unterschiedliche Interessen hätten.

"Wenn wir den Netzausbau wirklich beschleunigen wollen, brauchen wir ein bundesweit einheitliches Planungsgesetz, mit einem durchgehenden Genehmigungsverfahren für den Leitungsbau von Berlin bis in die Kommune vor Ort", forderte König. "Dann sitzen alle Beteiligten an einem Tisch für eine gemeinsame Lösung."

cru Düsseldorf



Quelle: Börsen-Zeitung vom 29.05.2019, Nr. 102, S. 9

ISSN: 0343-7728

Dokumentnummer: 2019102041

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/BOEZ_b390783b6e30ff046585b860f69c0c190c73da3d

Alle Rechte vorbehalten: (c) Börsen-Zeitung

GENIOS © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH